

Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

20. März 2020

Wochenbericht KW 12

forsa | Kantar | infratest dimap

Wähleranteile:	Union zwischen 30 % und 28 %, SPD bei 16 % bzw. 14 %
	Grüne zwischen 23 % und 21 %, AfD zwischen 13 % und 10 %
Wirtschaft:	Hälfte der Bevölkerung erwartet Verschlechterung der ökonomischen Lage
Eigene finanzielle Lage:	Mehrheit erwartet keine Veränderungen
	Zeitpunkt für größere Anschaffungen gilt als eher ungünstig – Höchstwert seit Erhebungsbeginn im Mai 2015
Flüchtlinge:	Knapp zwei Drittel machen sich weiterhin keine Sorgen über die Flüchtlingszahlen, jedoch sehen die meisten eher keine Fortschritte bei der Bewältigung der Situation
Wichtigstes Thema:	Coronavirus (91 %)

Steffen Seibert

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	Kantar¹ für BamS	infratest dimap ² für ARD
CDU/CSU	29 (+3)	28 (+2)	30 (+3)
SPD	14 (-1)	16 (-1)	14 (-2)
FDP	6 (-)	7 (-)	7 (+1)
DIE LINKE	10 (-)	9 (+1)	9 (-)
B'90/Grüne	22 (-2)	21 (-)	23 (-)
AfD	11 (-)	13 (-1)	10 (-2)
Sonstige	8 (-)	6 (-1)	7 (-)
Erhebungszeitraum	0913.03.	1218.03.	1718.03.

Die Union liegt bei infratest dimap 16 (+5), bei forsa 15 (+4) und bei Kantar 12 (+3) Prozentpunkte vor der SPD.

Die Union liegt bei infratest dimap bei 30 %. Dies ist der höchste Wert im ARD-DeutschlandTREND seit Februar 2019. Die AfD liegt bei 10 % - dies ist der niedrigste Wert seit August 2017.

Problemlösungskompetenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
CDU/CSU	20 (+4)	
SPD	5 (-1)	
Grüne	11 (-2)	
sonstige Parteien	7 (-1)	
keine Partei	57 (-)	
Erhebungszeitraum	0913.03.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 15 (+5) Prozentpunkte vor der SPD und 9 (+6) Prozentpunkte vor den Grünen.

Allerdings trauen 57 % (-) die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

2

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (22.03.2020)

² im Vergleich zur KW 10

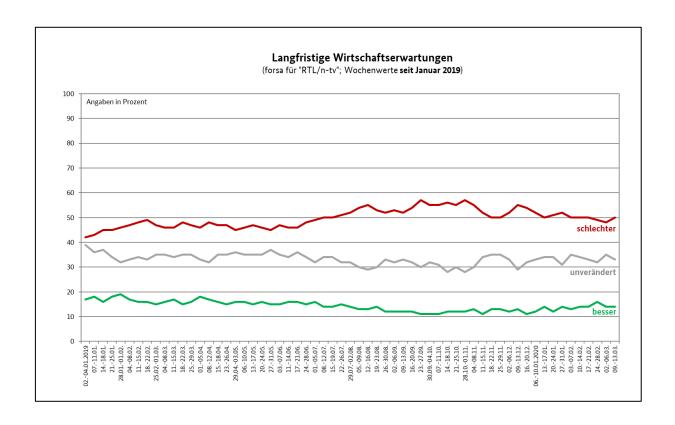
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	14 (-)	
schlechter	50 (+2)	
unverändert	33 (-2)	
Erhebungszeitraum	0913.03.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen verändern sich weiterhin kaum.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der ökonomischen Lage in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 36 (+2) Prozentpunkte weiterhin deutlich höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



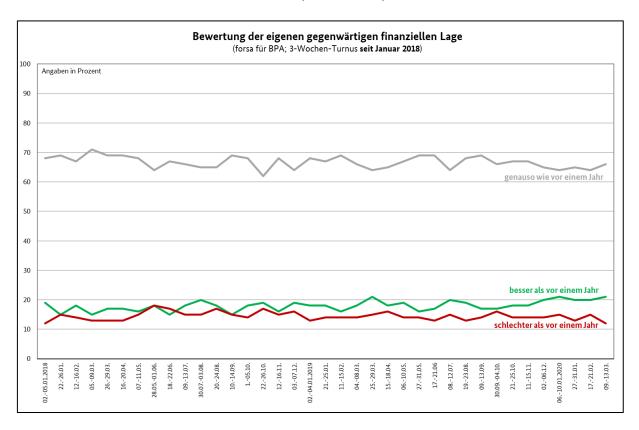
Bewertung der eigenen gegenwärtigen finanziellen Lage

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 9

	forsa ^{für} BPA
besser als vor einem Jahr	21 (+1)
schlechter als vor einem Jahr	12 (-3)
genauso wie vor einem Jahr	66 (+2)
Erhebungszeitraum	0913.03.

Der Anteil derjenigen, die eine Verschlechterung ihrer gegenwärtigen finanziellen Lage wahrnehmen, ist auf den niedrigsten Wert seit Januar 2018 gesunken.

Unter 30-Jährige nehmen deutlich häufiger eine Verbesserung ihrer gegenwärtigen finanziellen Lage wahr als über 60-Jährige (35 % zu 10 %), Männer häufiger als Frauen, Gutverdiener häufiger als Geringverdiener bzw. Personen mit mittlerem Einkommen (jew. 27 % zu 14 %) und Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (25 % zu 16 %).



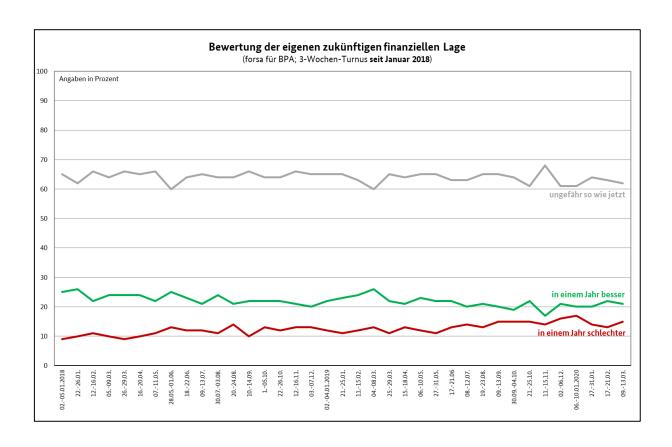
Bewertung der eigenen zukünftigen finanziellen Lage

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 9

	forsa ^{für} BPA
in einem Jahr besser	21 (-1)
in einem Jahr schlechter	15 (+2)
ungefähr so wie jetzt	62 (-1)
Erhebungszeitraum	0913.03.

Unter 45-Jährige erwarten deutlich häufiger eine Verbesserung ihrer finanziellen Lage als über 45-Jährige (36 % zu 11 %) und Männer häufiger als Frauen (26 % zu 16 %).

Anhänger der AfD (30 %) gehen besonders oft von einer Verschlechterung ihrer finanziellen Lage aus.



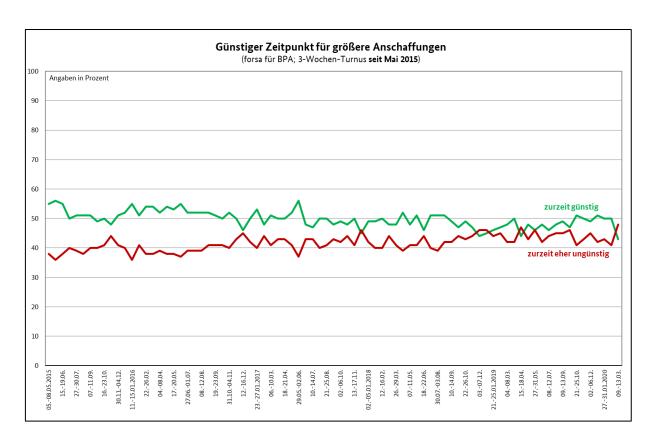
Günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 9

	forsa ^{für} BPA
zurzeit günstig	43 (-7)
zurzeit eher ungünstig	48 (+7)
Erhebungszeitraum	0913.03.

Der Anteil derjenigen, die glauben, dass zurzeit ein ungünstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen wäre, ist auf den höchsten Wert seit Erhebungsbeginn im Mai 2015 gestiegen. Geringverdiener bzw. Personen mit mittlerem Einkommen meinen dies häufiger als Gutverdiener (57 % zu 40 %) und Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung häufiger als Personen mit hoher formaler Bildung (57 % zu 42 %).

Anhänger der Grünen (52 %) sind hingegen überdurchschnittlich oft der Meinung, dass zurzeit ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen wäre.



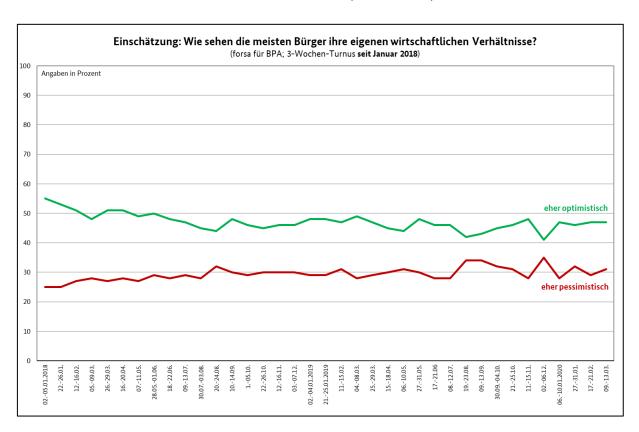
Einschätzung: Wie sehen die meisten Bürger ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 9

	forsa für BPA	
eher optimistisch	47	(-)
eher pessimistisch	31	(+2)
Erhebungszeitraum	0913.03.	

Anhänger der FDP (66 %) und der Grünen (55 %) glauben überdurchschnittlich häufig, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher optimistisch einschätzen. Gutverdiener meinen dies häufiger als Geringverdiener bzw. Personen mit mittlerem Einkommen (56 % zu 39 %).

Hingegen glauben Anhänger der AfD (48 %) besonders oft, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher pessimistisch einschätzen. Personen mit einfacher formaler Bildung sind häufiger dieser Meinung als Personen mit hoher formaler Bildung (45 % zu 28 %) und Frauen häufiger als Männer (37 % zu 26 %).



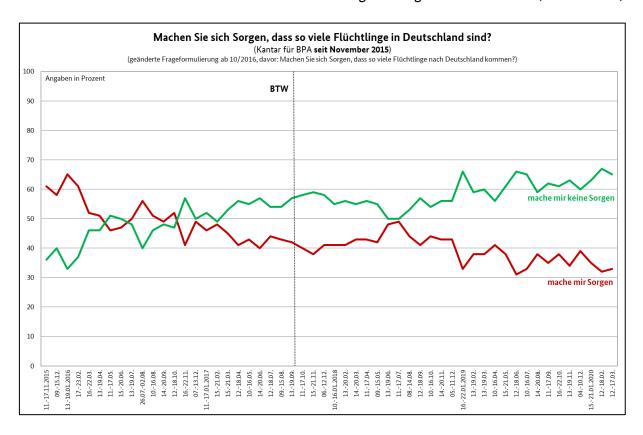
Machen Sie sich Sorgen darüber, dass so viele Flüchtlinge in Deutschland sind?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 8

	Kantar für BPA
mache mir Sorgen	33 (+1)
mache mir keine Sorgen	65 (-2)
Erhebungszeitraum	1217.03.

Knapp zwei Drittel der Bundesbürger machen sich <u>keine</u> Sorgen, dass so viele Flüchtlinge in Deutschland sind. Anhänger der Grünen (90 %) und der Linkspartei (83 %) sind vor allem dieser Meinung. Unter 40-Jährige machen sich häufiger keine Sorgen als über 40-Jährige (78 % zu 58 %) und Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (73 % zu 54 %).

Hingegen machen sich Anhänger der AfD (74 %) und der FDP (49 %) überdurchschnittlich oft Sorgen. Ostdeutsche sind häufiger besorgt als Westdeutsche (44 % zu 30 %).



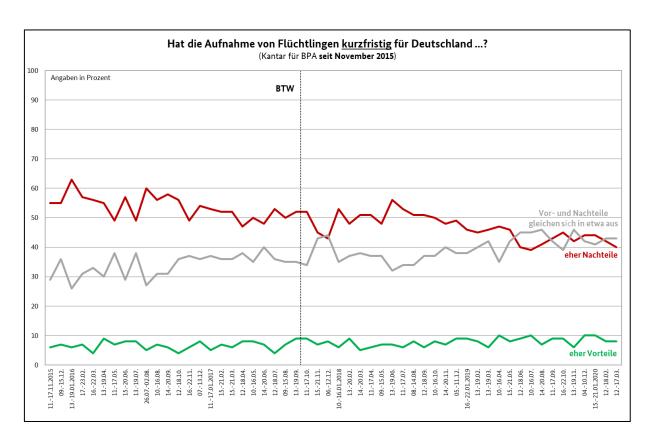
Hat die Aufnahme von Flüchtlingen kurzfristig bzw. langfristig für Deutschland ...?

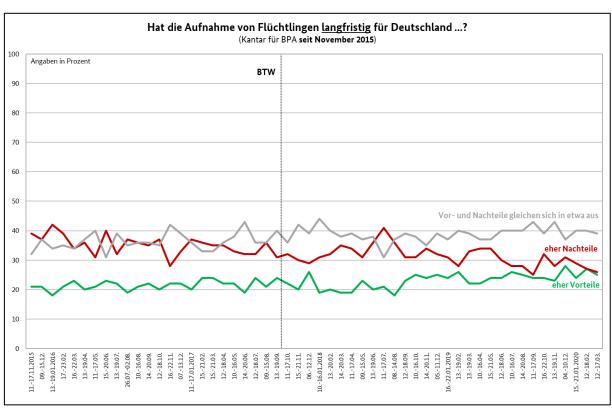
Kantar für BPA, Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 8

	kurzfristig		langfristig	
eher Vorteile	8	(-)	25	(-2)
eher Nachteile	40	(-2)	26	(-1)
Vor- und Nachteile gleichen sich in etwa aus	43	(-)	39	(-1)
Erhebungszeitraum	1217.03.			

<u>Kurzfristig</u> sieht die Bevölkerung weiterhin deutlich mehr Nachteile als Vorteile in der Aufnahme von Flüchtlingen. Überdurchschnittlich oft sind 40- bis 59-Jährige (49 %) sowie Anhänger der AfD (91 %) und der FDP (69 %) dieser Meinung.

Auch <u>langfristig</u> sehen besonders häufig Anhänger der AfD (79 %) sowie Ostdeutsche (36 %), Personen mit einfacher formaler Bildung (35 %) und 30- bis 49-Jährige (34 %) eher Nachteile. Hingegen sehen Personen mit hoher formaler Bildung (42 %) und unter 30-Jährige (36 %) sowie Anhänger der Linkspartei (55 %) und der Grünen (48 %) langfristig überdurchschnittlich oft eher Vorteile.





Kommt die Bundesregierung bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation ...?

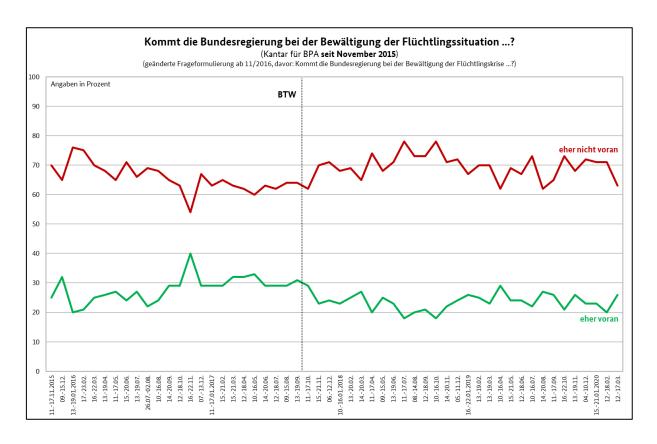
Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 8

	Kantar für BPA	
eher voran	26 (+6)	
eher nicht voran	63 (-8)	
Erhebungszeitraum	1217.03.	

In allen Bevölkerungs- und Wählergruppen sieht eine Mehrheit weiterhin eher keine Fortschritte bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation.

Anhänger der AfD (95 %) und der FDP (75 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass die Bundesregierung bei der Bewältigung eher nicht vorankommt. Ostdeutsche meinen dies häufiger als Westdeutsche (77 % zu 61 %).

Hingegen sind Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung der Meinung (38 % zu 21 %), dass die Bundesregierung bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation eher vorankommt.



Wichtigste Themen

Anga	hen	in	Pro	zent
/ \III & u	UCII		1 10	LCIIC

	forsa für BPA	
Coronavirus	91	(+9)
Flüchtlingssituation an türkisch-griechischer Grenze	10	(-18)
Allgemeine Wirtschaftslage	8	(+5)
Wahlen/Wahlkämpfe in Deutschland	5	(+3)
- Erhebungszeitraum	1618.03.	

Fast alle Bundesbürger beschäftigen sich mittlerweile vorwiegend mit dem Coronavirus. Das Thema gewinnt auch in dieser Woche nochmals an Bedeutung (+9 Prozentpunkte).

Selten wird ein Thema von über 90 % der Bevölkerung genannt. Letztmals war das der Fall beim Seebeben in Südasien im Januar 2005 (92 %), dem Irak-Krieg im März 2003 (92 %) und der Hochwasserkatastrophe im August 2002 (91 %).

Im Vergleich zur Vorwoche hat das Thema "Flüchtlingssituation an türkisch-griechischer Grenze" deutlich an Wichtigkeit verloren (-18 Prozentpunkte).

